

Inhaltsübersicht

	Seite	R.n.
Vorwort	V	
Inhaltsverzeichnis	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXVII	
Erster Abschnitt: Die Kündigung		1
§ 1 Begriff und Wesen der Kündigung		1
§ 2 Abgrenzung der Kündigung zu verwandten Maßnahmen		6
§ 3 Sonstige Beendigungstatbestände		34
§ 4 Form und Inhalt der Kündigungserklärung		61
§ 5 Kündigung und Vertretung		97
§ 6 Ort und Zeit der Kündigung; Verwirkung		120
§ 7 Zugang der Kündigungserklärung		122
§ 8 Kündigung vor Dienstantritt		141
§ 9 Rücknahme der Kündigung		148
§ 10 Die bedingte und vorsorgliche Kündigung		161
§ 11 Die Teilkündigung		166
§ 12 Kündigung im Gruppenarbeitsverhältnis		175
§ 13 Die unwirksame Kündigung		182
§ 14 Die Anhörung des Betriebsrats		277
§ 15 Die Beteiligung des Sprecherausschusses bei Kündigungen		393
§ 16 Die Beteiligung des Personalrats bei Kündigungen		397
§ 17 Umdeutung der Kündigung (Konversion)		404
§ 18 Die ordentliche Kündigung		420
§ 19 Die Kündigung im Probe- und Aushilfsarbeitsverhältnis		486
§ 20 Kündigung im befristeten Arbeitsverhältnis		506
§ 21 Die Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses		511
§ 22 Die außerordentliche Kündigung		522
Zweiter Abschnitt: Der allgemeine Kündigungsschutz		828
§ 1 Voraussetzungen des allgemeinen Kündigungsschutzes		835
§ 2 Die Sozialwidrigkeit der Kündigung		880
§ 3 Die Änderungskündigung		1287
Dritter Abschnitt: Der besondere Kündigungsschutz		1332
§ 1 Kündigungsschutz nach dem Mutterschutzgesetz		1334
§ 2 Kündigungsschutz und Elternzeit		1438
§ 3 Kündigungsschutz schwerbehinderter Arbeitnehmer		1478
		VII

Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
§ 4 Kündigungsschutz nach dem PflegeZG		1611
§ 5 Kündigungsschutz bei Massenentlassungen		1635
§ 6 Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung.....		1665
§ 7 Sonstige Fälle eines besonderen Kündigungsschutzes		1793
Vierter Abschnitt: Der Kündigungsschutzprozess		1810
§ 1 Die fristgebundene Kündigungsschutzklage		1810
§ 2 Verhältnis des Kündigungsschutzgesetzes zu sonstigen Kündigun- gen		2058
§ 3 Auflösung des Arbeitsverhältnisses und Abfindung		2087
§ 4 Die Klage gegen eine Änderungskündigung (§§ 2, 8 KSchG)		2175
§ 5 Streitwert der Kündigungsschutzklage		2202
§ 6 Der Weiterbeschäftigungsanspruch des Arbeitnehmers während des Kündigungsschutzprozesses		2216
Fünfter Abschnitt: Kündigungsschutz in der Insolvenz		2288
§ 1 Kündigung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens		2288
§ 2 Interessenausgleich und Beschlussverfahren zum Kündigungs- schutz		2307
§ 3 Betriebsveräußerung in der Insolvenz		2343
Sachverzeichnis	899	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort	V	
Inhaltsübersicht	VII	
Abkürzungsverzeichnis	XXVII	
Literaturverzeichnis	XXXIII	

Erster Abschnitt: Die Kündigung

§ 1 Begriff und Wesen der Kündigung	1
§ 2 Abgrenzung der Kündigung zu verwandten Maßnahmen	6
I. Abmahnung	7
II. Betriebsbuße	17
III. Direktionsrecht	19
IV. Die „Nichtfortsetzungserklärung“ nach § 12 Satz 1 KSchG	23
V. Suspendierung	25
1. Ruhendes Arbeitsverhältnis kraft Vereinbarung	26
2. Ruhen des Arbeitsverhältnisses aufgrund einseitiger Erklärung des Arbeitgebers	27
VI. Beendigung einer personellen Maßnahme nach den §§ 100 Abs. 3, 101 BetrVG	32
VII. Beendigung eines fehlerhaft begründeten Arbeitsverhältnisses	33
§ 3 Sonstige Beendigungstatbestände	34
I. Aufhebungsvertrag	34
1. Schriftformerfordernis für den Abschluss des Aufhebungsver- trages	40
2. Anfechtung des Aufhebungsvertrages	51
II. Befristeter Arbeitsvertrag und auflösende Bedingung	53
III. Nichtigkeit und Anfechtung	57
IV. Wegfall der Geschäftsgrundlage, Rücktritt	59
§ 4 Form und Inhalt der Kündigungserklärung	61
I. Die Form der Kündigungserklärung	61
1. Geltungsbereich des § 623 BGB	61
2. Anforderungen an die Schriftform bei Kündigungen	64
3. Rechtsfolge bei Formverstoß	70
4. Durchbrechung der Formnichtigkeit	72
a) Kenntnis von der Formbedürftigkeit	73
b) Verbot widersprüchlichen Verhaltens	76
c) Erreichung des Formzwecks	79
d) Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	80
5. Verhältnis des § 623 BGB zu sonstigen Formvorschriften	81
II. Der Inhalt der Kündigungserklärung	83
1. Angabe des Kündigungsgrundes	88
a) Anspruch auf Begründung der Kündigung	91
b) Formvorschriften	93
2. Nachschieben von Kündigungsgründen	95
§ 5 Kündigung und Vertretung	97
I. Kündigung kraft Vollmacht	98
II. Vertretung beim Kündigungsempfang	107
III. Kündigung während des Prozesses	109
IV. Kündigung und gesetzliche Vertretung	115

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
§ 6 Ort und Zeit der Kündigung; Verwirkung	120
§ 7 Zugang der Kündigungserklärung	122
I. Zugang der Kündigungserklärung gegenüber Anwesenden	123
II. Zugang der Kündigungserklärung unter Abwesenden	125
1. Zugang von eingeschriebenen Sendungen	133
2. Zugang von Massenkündigungen	136
3. Vereitelung des Zugangs	137
4. Nachweis des Zugangs	139
§ 8 Kündigung vor Dienstantritt	141
§ 9 Rücknahme der Kündigung	148
I. Rücknahme vor Klageerhebung	149
II. Rücknahme der Kündigung durch Vertrag	151
1. Verzicht auf Kündigungsgründe	153
2. Bedeutung der Ablehnung der Rücknahme	154
III. Rücknahme nach Klageerhebung	156
§ 10 Die bedingte und vorsorgliche Kündigung	161
I. Die bedingte Kündigung	162
II. Die vorsorgliche Kündigung	165
§ 11 Die Teilkündigung	166
I. Teilkündigung und zusammengesetztes Rechtsverhältnis	168
II. Teilkündigung im Arbeitsverhältnis	169
§ 12 Kündigung im Gruppenarbeitsverhältnis	175
§ 13 Die unwirksame Kündigung	182
I. Anfechtung	183
II. Gesetzliche Verbote	184
III. Verstoß gegen Diskriminierungsverbote (AGG)	186
1. Allgemeines	186
2. Richtlinienkonforme Auslegung des deutschen Kündigungs-	
rechts	187
3. Schutzzweck des Diskriminierungsrechts	190
4. Einzelfälle	193
IV. Grundrechtsverletzungen	198
V. Systematik sonstiger besonderer Kündigungsschranken	210
1. Statusbezogener Kündigungsschutz	213
2. Statusbezogene Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbote ..	216
3. Allgemeine Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbote	219
4. Umstands- oder anlassbezogene gesetzliche Kündigungsschran-	
ken	221
5. Allgemeine privatrechtliche Kündigungsschranken	222
VI. Sittenwidrigkeit	223
VII. Maßnahmen bei zulässiger Rechtsausübung	229
VIII. Treu und Glauben	233
1. Anwendungsbereich	235
2. Die ungehörige Kündigung	241
3. Die willkürliche Kündigung	246
IX. Kündigung und Gleichbehandlung	249
X. Vertragliche Kündigungsbeschränkungen	255
1. Voraussetzungen und Wirkungen	255
2. Kündigungsbeschränkungen in Tarifverträgen	261

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
XI. Darlegungs- und Beweislast	269
1. Vorrang gesetzlicher Beweislastregelungen	270
2. Analogiefähigkeit einzelner Beweislastregelungen	271
3. Abgestufte Darlegungs- und Beweislast bei allgemeinen zivilrechtlichen Schranken sowie Diskriminierungs- und Benachteiligungsverboten	272
a) Anscheinsbeweis	274
b) Beweismaßsenkung und Erleichterung der konkreten Beweisführungslast	275
§ 14 Die Anhörung des Betriebsrats	277
I. Entstehungsgeschichte – Grundsätze	278
II. Geltungsbereich	281
III. Voraussetzungen des präventiven Kündigungsschutzes nach § 102 Abs. 1 BetrVG	290
1. Existenz und Funktionsfähigkeit des Betriebsrats	290
2. Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber	299
3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses aus anderen Gründen	306
4. Darlegungs- und Beweislast	310
IV. Das Anhörungsverfahren	311
1. Zeitpunkt der Anhörung des Betriebsrats	316
2. Adressat der Mitteilung	323
3. Form und Inhalt der Mitteilung	326
a) Kündigungsgründe	335
aa) Betriebsbedingte Kündigung	345
bb) Krankheitsbedingte Kündigung	347
cc) Verhaltensbedingte Kündigung	349
dd) Verdachtskündigung	350
ee) Änderungskündigung	351
b) Nachschieben von Kündigungsgründen	352
4. Beschluss des Betriebsrats	357
5. Mängel des Anhörungsverfahrens	361
6. Rechtsfolgen der Verletzung der Anhörungspflicht	365
V. Stellungnahme des Betriebsrats bei der ordentlichen Kündigung	367
1. Bedenken	370
2. Widerspruch bei ordentlicher Kündigung	374
VI. Stellungnahme des Betriebsrats bei der außerordentlichen Kündigung	379
VII. Kündigung durch den Arbeitgeber nach Abschluss des Anhörungsverfahrens	382
1. Umdeutung einer außerordentlichen Kündigung in eine ordentliche Kündigung	386
2. Prozessuale Fragen	388
VIII. Erweiterung des Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats	389
§ 15 Die Beteiligung des Sprecherausschusses bei Kündigungen	393
§ 16 Die Beteiligung des Personalrats bei Kündigungen	397
I. Ordentliche Kündigung	398
II. Außerordentliche Kündigung, fristlose Entlassung	402
§ 17 Umdeutung der Kündigung (Konversion)	404
I. Umdeutung der unwirksamen außerordentlichen Kündigung in eine ordentliche Kündigung	410
II. Umdeutung der ordentlichen Kündigung	413
III. Umdeutung der außerordentlichen Kündigung in einen Antrag zum Abschluss eines Aufhebungsvertrages	415

	Rn.
IV. Umdeutung der Kündigungserklärung in eine Anfechtungserklärung	416
V. Umdeutung von Änderungskündigung und Leistungsbestimmungs- rechten	417
VI. Prozessuale Fragen	419
§ 18 Die ordentliche Kündigung	420
I. Grundsätze	420
II. Allgemeine Grundlagen der Kündigungsfristen	422
1. Geltungsbereich des § 622 BGB	428
2. Sonderregelungen	431
3. Übergangsregelung	435
4. Berechnung der Kündigungsfrist	436
III. Unabdingbare Mindestkündigungsfristen	441
1. Grundsatz	441
2. Auswirkungen des KündFG auf bestehende Arbeitsverhältnisse ...	445
IV. Einzelvertragliche Verkürzung von Kündigungsfristen	448
1. Probe- und Aushilfsarbeitsverhältnisse	449
2. Einzelvertragliche Bezugnahme auf Tarifverträge	450
3. Kleinunternehmen (§ 622 Abs. 5 Nr. 2 BGB)	451
V. Einzelvertragliche Verlängerung von Kündigungsfristen	452
VI. Tarifvertragliche Regelungen	460
1. Tarifdispositivität	461
2. Abkürzung	464
3. Kündigungstermin	465
4. Bezugnahme auf tarifliche Kündigungsfristen	466
5. Günstigkeitsvergleich	471
6. Zulässigkeit der Differenzierung zwischen Arbeitern und Ange- stellten	472
a) Grundsätze	472
b) Konstitutive oder deklaratorische Tarifregelung	474
c) Sachliche Rechtfertigung konstitutiver tariflicher Kündigungs- fristen	477
7. Rechtsfolgen verfassungswidriger tariflicher Regelungen	485
§ 19 Die Kündigung im Probe- und Aushilfsarbeitsverhältnis	486
I. Probearbeitsverhältnis	487
II. Aushilfsarbeitsverhältnis	498
§ 20 Kündigung im befristeten Arbeitsverhältnis	506
I. Ordentliche Kündigung	507
II. Außerordentliche Kündigung	510
§ 21 Die Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses	511
I. Kündigung während der Probezeit	515
II. Die Berufsaufgabekündigung (§ 22 Abs. 2 Nr. 2 BBiG)	516
III. Kündigung aus wichtigem Grund	518
IV. Formvorschriften	520
§ 22 Die außerordentliche Kündigung	522
I. Begriff, Grundlagen	524
II. Die außerordentliche Änderungskündigung	528
III. Beteiligungsrechte des Betriebsrates	535
IV. Anhörung des Arbeitnehmers	536
V. Zur Begründung der außerordentlichen Kündigung	538
1. Begründungspflicht als Wirksamkeitsvoraussetzung?	539
2. Nachschieben von Kündigungsgründen	541
a) Grundsätze	542
b) Nachschieben verwirkter Kündigungsgründe	545

	Rn.
VI. Der wichtige Grund	546
1. Grundsätze der Bestimmung des wichtigen Grundes	547
a) Objektiver oder subjektiver Tatbestand des wichtigen Grundes; Beurteilungszeitpunkt	550
b) Systematisierung der Kündigungsgründe	552
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	553
d) Interessenabwägung	555
e) Bedeutung langer Kündigungsfristen und der sogenannten Unkündbarkeit	556
2. Die Abmahnung	558
3. Die Beweislast	559
VII. Systematische Darstellung der Kündigungsgründe des Arbeitgebers ..	565
1. Verhaltensbedingte Gründe	565
a) Verletzung vorvertraglicher Pflichten	567
b) Verletzung von Hauptpflichten	569
aa) Nichtleistung und Verzug	570
(1) Arbeitsverweigerung	570
(2) Arbeitszeitbetrug	581
(3) Notarbeiten	582
(4) Sonntagsarbeit	583
(5) Streik und Streikarbeit	584
(6) Überstunden	587
(7) Unentschuldigtes Fehlen	589
(8) Unpünktlichkeit	591
(9) Urlaubsantritt, unberechtigter	592
(10) Urlaubsüberschreitung	594
(11) Vortäuschung der Arbeitsunfähigkeit	595
bb) Schlechtleistung	596
(1) Fehlerhafte Arbeit	596
(2) Langsamarbeit und Bummelei	601
c) Verletzung von Nebenpflichten	603
aa) Leistungstreuepflichten	606
(1) Berichtspflicht	606
(2) Rücksprache mit Arbeitgeber	607
(3) Direktionsrecht/Gehorsamspflicht	608
(4) Herausgabe von Unterlagen (Arbeitspapiere)	609
bb) Handlungs- und Schutzpflichten	610
(1) Anzeige- und Nachweispflichten	610
(2) Arbeitsschutz	615
(3) Aufklärungs-, Unterrichts- und Auskunftspflichten	616
(4) Gesundheitsuntersuchung	617
(5) Schadensabwendungspflicht	619
cc) Unterlassungspflichten	621
(1) Abkehrwille	621
(2) Abwerbeverbot	623
(3) Alkohol- und Drogenverbot	625
(4) Androhung von Nachteilen (insbes. Krankschreibung)	629
(5) Anzeige gegen den Arbeitgeber	632
(6) Anzeigen gegen Arbeitnehmer	637
(7) Außerdienstliches Verhalten	639
(8) (Sexuelle) Belästigung von Betriebsangehörigen	646
(9) Beleidigungen, Tätlichkeiten	648
(10) Betriebliche Ordnung	651
(11) Ehrenämter	653

	Rn.
(12) Genesungswidriges Verhalten	655
(13) Kontrolleinrichtungen	656
(14) Lohnpfändungen	658
(15) Meinungsäußerung	660
(16) Missbrauch und Überschreitung von Befugnissen	662
(17) Nebentätigkeit; Konkurrenzfähigkeit; Wettbewerbs- verbot	663
(18) Politische, gewerkschaftliche und religiöse Betäti- gung	669
(19) Privatkommunikation (Telefon, E-Mail, Internet)	674
(20) Rauchverbot	681
(21) Schmiergelder	682
(22) Spesenbetrug	685
(23) Straftaten	687
(24) Vermögensschädigung	692
(25) Verschwiegenheitspflicht	693
2. Personenbedingte Gründe	694
a) Druckkündigung	695
b) Eignungsmangel	696
c) Entzug von Erlaubnissen	698
d) Freiheitsstrafe, Untersuchungshaft	700
e) Krankheit	701
f) Verdachtskündigung	703
aa) Einordnung des Kündigungsgrundes	703
bb) Verhältnis zur Tatkündigung	705
cc) Voraussetzungen der Verdachtskündigung	708
dd) Besonderheiten bei der Wahrung der Ausschlussfrist	713
ee) Beurteilungszeitpunkt und Wiedereinstellungsanspruch ...	714
3. Betriebsbedingte Gründe	715
a) Behördliche Verfügungen	716
b) Betriebsstilllegung; Betriebsveräußerung	717
c) Insolvenz	719
VIII. Systematische Darstellung der außerordentlichen Kündigungsgründe des Arbeitnehmers	720
1. Vertragsverletzungen des Arbeitgebers	722
a) Hauptpflichten, insbesondere Nichtzahlung des Entgelts	723
b) Nebenpflichten	725
aa) Arbeitsschutz	726
bb) Beleidigung; Verdächtigung	727
cc) Urlaub, Freistellung	728
dd) Werkswohnung	729
ee) Sonstige Nebenpflichten	731
2. Personenbedingte Gründe des Arbeitnehmers	732
a) Arbeitsplatzwechsel	733
b) Gewissenskonflikt	734
c) Familiäre Gründe	736
d) Krankheit	737
IX. Außerordentliche Kündigung ordentlich Unkündbarer	738
1. Grundsätze zur Bestimmung des „wichtigen Grundes“	741
a) Außerordentliche Kündigung aus minder wichtigem Grund?	742
b) Berücksichtigung der Unkündbarkeit in der Interessenab- wägung	743
2. Betriebsbedingte Kündigung	745
a) Absolute Grenze wirtschaftlicher Unzumutbarkeit?	746
b) Verfassungsrechtliche Wertungen	748
c) Gesetzliche Wertungen	750

	Rn.
d) Risikoverteilung/Wirtschaftliche Belastung	751
e) Sinn und Zweck der Unkündbarkeitsvereinbarung	755
3. Personen- und verhaltensbedingte Kündigung	760
a) Personenbedingte Kündigung	761
b) Verhaltensbedingte Kündigung	764
4. Angleichung mit der ordentlichen Kündigung	767
a) Auslauffrist	768
b) Anhörung des Betriebsrats/Personalrats	781
c) Vorrangige Weiterbeschäftigung im Unternehmen	782
d) Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen	783
5. Besonderheiten zur Ausschlussfrist nach § 626 Abs. 2 BGB	784
X. Ausschluss, Beschränkungen und Erweiterungen des außerordentlichen Kündigungsrechts	789
XI. Die Ausschlussfrist des § 626 Abs. 2 BGB	794
1. Beginn der Ausschlussfrist	797
2. Ablauf der Ausschlussfrist	806
3. Der Kündigungsberechtigte	808
4. Rechtsmissbrauch	812
5. Darlegungs- und Beweislast	814
XII. Schadensersatz nach außerordentlicher Kündigung	815
1. Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers	817
2. Schadensersatzanspruch des Arbeitgebers	822
3. Ansprüche wegen rechtswidriger außerordentlicher Kündigung ..	826
4. Ansprüche des Arbeitnehmers bei öffentlicher Bekanntgabe der außerordentlichen Kündigung	827
 Zweiter Abschnitt: Der allgemeine Kündigungsschutz	
§ 1 Voraussetzungen des allgemeinen Kündigungsschutzes	835
I. Persönlicher Geltungsbereich	836
1. Arbeitnehmer	836
2. Arbeitnehmerähnliche Personen	840
3. Geschäftsführer, Betriebsleiter und ähnliche leitende Angestellte ..	841
4. Organvertreter	848
II. Auslandsachverhalte/Internationales Privatrecht	849
III. Betriebs- und unternehmensbezogener Geltungsbereich (Schwellenwert)	852
1. Betriebsbegriff; Gemeinschaftsbetrieb	852
2. Kleinunternehmen, -betriebe und Verwaltungen	858
3. Berechnung der Mindestbeschäftigtenzahl	860
4. Darlegungs- und Beweislast	864
III. Sechsmonatige Wartezeit	866
1. Grundsatz	866
2. Berechnung der Wartezeit	870
3. Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses	876
§ 2 Die Sozialwidrigkeit der Kündigung	880
I. Allgemeine Grundsätze	880
1. Unbestimmter Rechtsbegriff	883
2. Ultima-Ratio-Prinzip	886
3. Prognoseprinzip (Beurteilungszeitpunkt)	891
4. Interessenabwägung	893
5. Abgrenzung der Kündigungsgründe; Mischtatbestände	896
6. Darlegungs- und Beweislast	901
II. Dringende betriebliche Erfordernisse	902
1. Vorliegen eines betriebsbedingten Kündigungsgrundes	904
a) Unternehmerische Entscheidung	904

	Rn.
aa) Bedeutung der Unternehmerentscheidung; Betriebs- und Konzernbezug	904
bb) Inhalt der Unternehmerentscheidung	912
cc) Ursachen der Unternehmerentscheidung	913
dd) Umfang der gerichtlichen Kontrolle	917
ee) Dringlichkeit des betrieblichen Erfordernisses	924
b) Kausaler Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit	929
c) Prognose	931
d) Prüfungsraster	933
e) Einzelfälle dringender betrieblicher Erfordernisse	934
aa) Abkehrwille	934
bb) Abordnung zu Tochterunternehmen	935
cc) Änderung des Anforderungsprofils und Leistungsverdichtung	936
dd) Auftragsmangel/Umsatzrückgang	940
ee) Austauschkündigungen	946
ff) Betriebsänderungen/Änderungen des Arbeitsablaufs	952
gg) Betriebsstillegung	956
hh) Betriebsübergang	961
(1) Kündigungsverbot nach § 613 a Abs. 4 Satz 1 BGB ..	961
(2) Kündigungsmöglichkeiten nach § 613 a Abs. 4 Satz 2 BGB	963
(3) Abgrenzungsfragen	964
(4) Prozessuales	967
ii) Druckkündigung	970
jj) Öffentlicher Dienst	972
(1) Haushaltseinsparungen	973
(2) Drittmittelentzug	975
(3) Stellenplan	976
kk) Rationalisierung	978
ll) Rentabilitätsgründe	982
2. Vorrangige mildere Mittel	984
a) Grundsatz	984
b) Weiterbeschäftigungsmöglichkeit in demselben Betrieb oder in einem anderen Betrieb des Unternehmens	988
c) Weiterbeschäftigungsmöglichkeit nach Änderung der Arbeitsbedingungen (Vorrang der Änderungskündigung)	992
d) Weiterbeschäftigung in einem anderen Konzernunternehmen?	998
e) Weiterbeschäftigung nach Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen	1001
f) Katalog sonstiger milderer Mittel	1003
aa) Arbeitsstreckung („go-slow“) und „Auf-Lager-Arbeiten“	1003
bb) Kurzarbeit	1004
cc) Allgemeine Arbeitszeitverkürzung	1006
dd) Abbau von Überstunden und Leiharbeitsverhältnissen	1007
ee) Vorverlegung von Werksferien	1008
ff) Freimachen eines besetzten Arbeitsplatzes	1009
3. Nachträglicher Wegfall der Kündigungsgründe	1010
4. Darlegungs- und Beweislast	1016
5. Sozialauswahl	1021
a) Allgemeines	1021
b) Bestimmung des auswahlrelevanten Personenkreises	1031
aa) Grundlagen	1031
bb) Arbeitsvertragliche Austauschbarkeit (Reichweite des Direktionsrechts)	1035

	Rn.
cc) Anforderungsprofile der fortbestehenden Arbeitsplätze als Maßstab der Vergleichbarkeit (sog. qualifikationsbezogene Austauschbarkeit)	1038
dd) Betrieb als Bezugsrahmen der Sozialauswahl	1045
ee) Betriebsinterner Bezugsrahmen der Sozialauswahl	1061
ff) Einbeziehung besonderer Personengruppen in die Sozialauswahl	1062
gg) Beteiligung des Betriebsrats bei Versetzungen im Rahmen der Sozialauswahl	1074
c) Ausreichende Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte	1075
aa) Allgemeines	1075
bb) Dauer der Betriebszugehörigkeit	1079
cc) Lebensalter	1083
dd) Unterhaltspflichten	1086
ee) Schwerbehinderung	1090
ff) Weitere Kriterien	1091
gg) Bewertung der Sozialkriterien	1099
d) Der Sozialauswahl entgegenstehende berechnigte betriebliche Bedürfnisse	1102
aa) Allgemeines	1102
bb) Einzelne berechnigte betriebliche Interessen (Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungen)	1110
cc) Die Sicherung einer ausgewogenen Personalstruktur als berechnigtes betriebliches Interesse	1124
e) Rechtsfolgen einer fehlerhaften Sozialauswahl	1132
f) Der Auskunftsanspruch des Arbeitnehmers und die Darlegungs- und Beweislast im Kündigungsschutzprozess	1133
aa) Der materiell-rechtliche Auskunftsanspruch aus § 1 Abs. 3 Satz 1 Hs. 2 KSchG	1133
bb) Die Verteilung der Darlegungs- und Beweislast im Kündigungsschutzprozess	1134
g) Die Sozialauswahl unter Anwendung von tariflichen oder betrieblichen Auswahlrichtlinien gem. § 1 Abs. 4 KSchG	1140
aa) Allgemeines	1140
bb) Auswahlregelung in einem Tarifvertrag oder einer Betriebs-/ Dienstvereinbarung	1143
cc) Gegenstand der begrenzten Justitiabilität	1145
dd) Grobe Fehlerhaftigkeit	1147
ee) Rechtsfolgen der groben Fehlerhaftigkeit	1152
6. Betriebsbedingte Kündigungen bei Betriebsänderungen (§ 1 Abs. 5 KSchG)	1153
a) Allgemeines	1153
b) Voraussetzungen	1155
aa) Betriebsänderung nach § 111 BetrVG und wirksamer Interessenausgleich	1156
bb) Schriftform und namentliche Bezeichnung der zu Kündigenden	1160
cc) Beteiligung des Betriebsrats	1162
dd) Keine wesentliche Änderung der Sachlage nach Zustandekommen des Interessenausgleichs	1163
ee) Darlegungs- und Beweislast	1164
c) Rechtsfolgen	1166
aa) Vermutung dringender betrieblicher Erfordernisse	1167
bb) Reduzierte Überprüfung der sozialen Auswahl auf grobe Fehlerhaftigkeit	1170

	Rn.
7. Abfindungsanspruch bei betriebsbedingten Kündigungen (§ 1a KSchG)	1173
a) Normzweck, Rechtsnatur und praktische Auswirkungen	1173
b) Voraussetzungen	1175
aa) Anwendbarkeit	1175
bb) Arbeitgeberkündigung wegen dringender betrieblicher Erfordernisse	1176
cc) Abfindungsangebot mit Hinweis	1179
dd) Abgrenzung zur rechtsgeschäftlichen Abfindungsvereinbarung	1180
ee) Annahme durch Verstreichenlassen der Klagefrist	1183
ff) Ablauf der Kündigungsfrist	1186
c) Rechtsfolgen	1188
aa) Fälligkeit, Verjährung	1188
bb) Abfindungshöhe	1189
cc) Anrechenbarkeit von Sozialplanabfindungen	1190
d) Sozialrechtliche Folgen des Abfindungsanspruchs	1191
aa) Anrechnung der Abfindung auf das Arbeitslosengeld	1191
bb) Sperrzeit	1192
III. Gründe im Verhalten des Arbeitnehmers	1196
1. Prüfungskriterien	1196
a) Vertragsverletzungen	1197
b) Objektiver Kündigungsgrund	1200
c) Abmahnung	1201
d) Negativprognose	1209
e) Mildere Mittel	1210
f) Interessenabwägung	1213
g) Darlegungs- und Beweislast	1215
2. Einzelfälle	1216
IV. Gründe in der Person des Arbeitnehmers	1217
1. Prüfungskriterien	1222
a) Erhebliche Beeinträchtigung betrieblicher oder vertraglicher Interessen	1222
b) Negativprognose; Wiedereinstellungsanspruch	1224
c) Vorrangige mildere Mittel	1228
d) Interessenabwägung	1229
2. Einzelfälle	1233
a) Alkoholsucht	1233
b) Alter	1235
c) Arbeitserlaubnis; Beschäftigungsverbot	1236
d) Ehrenamt, Wehrdienst	1238
e) Eignung	1240
f) Krankheit	1245
aa) Grundlagen	1245
bb) Häufige Kurzerkrankungen	1254
cc) Dauernde Arbeitsunfähigkeit	1268
dd) Kündigung wegen krankheitsbedingter Leistungsminde- rung	1271
ee) Kündigung wegen Langzeiterkrankung	1272
g) Straftat, Untersuchungshaft	1274
V. Sozialwidrigkeit im Falle eines Widerspruchs des Betriebsrats; absolute Sozialwidrigkeitsgründe	1275
1. Auswahlrichtlinien	1280
2. Weiterbeschäftigung auf einem anderen Arbeitsplatz	1281
VI. Verzicht auf den Kündigungsschutz (Ausgleichsquittung)	1285

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
§ 3 Die Änderungskündigung	1287
I. Vorbehaltlose Annahme	1297
II. Annahme unter Vorbehalt	1298
III. Kündigungsschutzverfahren nach Ablehnung des Vertragsangebotes ..	1302
IV. Soziale Rechtfertigung einer Änderungskündigung	1305
1. Prüfungsmaßstab	1305
2. Betriebsbedingte Änderungskündigung	1308
a) Entgeltreduzierung	1310
b) Organisationsänderungen	1315
c) Arbeitszeit	1319
d) Vorrang milderer Mittel	1320
e) Sozialauswahl	1325
3. Verhaltensbedingte Änderungskündigung	1330
4. Personenbedingte Änderungskündigung	1331

Dritter Abschnitt: Der besondere Kündigungsschutz

§ 1 Kündigungsschutz nach dem Mutterschutzgesetz	1334
I. Geltungsbereich des Kündigungsverbotes	1339
1. GmbH-Geschäftsführerin und Mutterschutz	1341
2. Mutterschutz in Ehegattenverträgen?	1342
II. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	1344
1. Schwangerschaft	1344
a) Feststellung der Schwangerschaft	1345
b) Kosten der Schwangerschaftsfeststellung	1349
2. Entbindung	1350
a) Zum Begriff der Entbindung	1352
b) Totgeburt	1354
c) Fehlgeburt	1355
d) Schwangerschaftsabbruch	1356
3. Kündigung durch den Arbeitgeber	1357
a) Kündigungsarten	1357
b) Annahmeverzug	1361
4. Beendigung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung	1363
a) Nichtigter Arbeitsvertrag	1363
b) Anfechtung	1368
aa) Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaft	1369
bb) Arglistige Täuschung	1370
c) Aufhebungsvertrag	1375
d) Befristeter Arbeitsvertrag	1376
e) Auflösende Bedingung	1378
f) Eigenkündigung der Arbeitnehmerin	1379
g) Verzicht auf den Kündigungsschutz	1382
5. Kenntnis des Arbeitgebers von der Schwangerschaft oder der Entbindung	1383
a) Eigene Kenntnis des Arbeitgebers	1384
b) Kenntnis von Vertretern und Beauftragten	1389
c) Nachweis der Kenntnis des Arbeitgebers oder seines Beauftragten	1391
6. Mitteilung der Schwangerschaft bzw. Entbindung nach erfolgter Kündigung	1393
a) Mitteilung an Arbeitgeber oder Vertreter	1398
b) Mitteilungsfrist	1399
c) Nachweis der Schwangerschaft	1410
d) Darlegungs- und Beweislast	1411

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
III. Rechtsfolgen des Kündigungsverbotes	1413
1. Nichtigkeit der Kündigung	1413
2. Klagefrist	1415
IV. Die Zulässigkeitserklärung nach § 9 Abs. 3 MuSchG	1416
1. Voraussetzungen der Zulässigkeitserklärung	1419
a) Allgemeines	1419
b) Besonderer Fall und wichtiger Grund	1421
2. Rechtswirkungen der Zulässigkeitserklärung	1423
3. Zulässigkeitserklärung und Ausschlussfrist (§ 626 Abs. 2 Satz 1 BGB)	1430
4. Formvorschriften	1431
5. Die zulässige Kündigung und sonstiges Kündigungsrecht	1434
V. Benachrichtigung der Aufsichtsbehörde von der Eigenkündigung der Arbeitnehmerin	1436
VI. Erhaltung von Rechten; Sonderkündigungsrecht	1437
§ 2 Kündigungsschutz und Elternzeit	1438
I. Allgemeines	1438
II. Geltungsbereich	1443
1. Der besondere Kündigungsschutz während der Elternzeit und nachdem die Elternzeit verlangt worden ist	1446
2. Teilzeitarbeit während der Elternzeit bei demselben Arbeitgeber (§ 18 Abs. 2 Nr. 1 BEEG)	1454
3. Teilzeitarbeit ohne Elternzeit (§ 18 Abs. 2 Nr. 2 BEEG)	1457
4. Teilzeitarbeit bei einem anderen Arbeitgeber in der Elternzeit	1464
II. Das Kündigungsverbot	1466
III. Die Zulässigkeitserklärung der Kündigung	1468
IV. Die Geltendmachung der Nichtigkeit der Kündigung. Klagefrist	1472
V. Sonderkündigungsrecht des/der Arbeitnehmers/in	1474
§ 3 Kündigungsschutz schwerbehinderter Arbeitnehmer	1478
I. Einleitung	1478
II. Geltungsbereich der §§ 85 bis 92 SGB IX	1483
1. Geschützter Personenkreis	1483
2. Ausnahmetatbestände (§ 90 Abs. 1 – Abs. 2 a SGB IX)	1490
a) Nichterfüllung der Wartezeit	1491
b) Schwerbehinderte Arbeitnehmer auf bestimmten Arbeitsplätzen	1493
c) Kündigung nach dem 58. Lebensjahr	1494
d) Entlassung aus Witterungsgründen	1496
e) Fehlender Nachweis	1498
f) Kündigungsschutz trotz Ausnahmetatbestand	1505
g) Anzeigepflicht	1506
3. Kenntnis des Arbeitgebers von der Schwerbehinderteneigenschaft des Arbeitnehmers	1507
a) Kündigungsrechtliche Konsequenzen	1507
b) Anfechtung des Arbeitsvertrages	1519
III. Der besondere Kündigungsschutz im Verhältnis zu anderen Gesetzen	1523
IV. Gegenstand des besonderen Kündigungsschutzes	1530
1. Arbeitgeberseitige Kündigung	1530
2. Sonstige Beendigungstatbestände	1532
a) Aufhebungsvertrag	1535
b) Befristeter Arbeitsvertrag	1536
c) Auflösend bedingter Vertrag	1539
d) Faktisches Arbeitsverhältnis	1543
e) Anfechtung des Arbeitsvertrages	1544

Inhaltsverzeichnis

	Rn.
f) Direktionsrecht	1545
g) Kurzarbeit	1546
V. Kündigungsfrist	1547
VI. Die Zustimmung des Integrationsamtes	1552
1. Das Antragsverfahren	1555
2. Die Entscheidung des Integrationsamtes	1559
3. Die Frist für die Kündigung durch den Arbeitgeber	1570
4. Entbehrlichkeit der Bestandskraft der Zustimmungsentscheidung	1574
VII. Außerordentliche Kündigung	1578
1. Der Antrag auf Erteilung der Zustimmung	1585
2. Die Entscheidung des Integrationsamtes	1590
3. Zustimmungsfiktion	1595
a) Allgemeines	1595
b) Wann ist die Entscheidung des Integrationsamtes getroffen?.....	1596
c) Kündigung nach Zustimmung des Integrationsamtes	1598
4. Rechtsmittel	1605
5. Außerordentliche Kündigung aus Anlass von Arbeitskämpfen	1607
§ 4 Kündigungsschutz nach dem PflegeZG	1611
I. Einleitung	1611
II. Geltungsbereich	1615
III. Voraussetzungen des besonderen Kündigungsschutzes	1618
IV. Beginn und Dauer des besonderen Kündigungsschutzes	1629
V. Zulässigkeitserklärung der Kündigung	1633
VI. Klagefrist	1634
§ 5 Kündigungsschutz bei Massenentlassungen	1635
I. Voraussetzungen der Anzeigepflicht	1637
II. Beteiligung des Betriebsrats	1646
III. Form und Inhalt der Anzeige	1653
IV. Konzernregelung	1658
V. Rechtsfolgen bei unterlassener Anzeige	1659
1. Frühere Rechtsprechung des BAG	1659
2. Nach dem Urteil des EuGH vom 27. 1. 2005	1660
VI. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach erfolgter Anzeige	1661
1. Bedeutung der Sperrfrist (§ 18 Abs. 1 und 2 KSchG)	1661
2. Kündigung vor Ablauf der Sperrfrist	1662
VII. Bedeutung der Freifrist (§ 18 Abs. 4 KSchG)	1664
§ 6 Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung	1665
I. Personeller Geltungsbereich	1671
II. Beginn und Ende des besonderen Kündigungsschutzes	1681
III. Nachwirkender Kündigungsschutz	1692
IV. Die ordentliche Kündigung	1696
1. Die Änderungskündigung	1697
2. Die Kündigung bei Stilllegung des Betriebes und einer Betriebsabteilung	1700
a) Kündigung bei Stilllegung des Betriebes	1700
b) Kündigung bei Stilllegung einer Betriebsabteilung	1709
c) Prozessuale Fragen	1722
V. Die außerordentliche Kündigung	1725
1. Der wichtige Grund	1731
a) Fallgruppen zum wichtigen Grund	1734
b) Außerordentliche betriebsbedingte Änderungskündigung	1737
2. Die Zustimmung des Betriebsrats	1740
a) Die Entscheidung des Betriebsrats	1742

	Rn.
b) Zeitpunkt der Zustimmung	1750
c) Bedeutung des § 626 Abs. 2 BGB	1751
d) Rechtsfolgen bei fehlender Zustimmung	1755
3. Die Ersetzung der Zustimmung durch das Arbeitsgericht	1756
a) Zulässigkeit der Kündigungsschutzklage nach rechtskräftiger Entscheidung über die Zustimmung zur außerordentlichen Kündigung	1762
b) Ersetzung der Zustimmung unmittelbar durch das Arbeitsge- richt	1766
4. Kündigungsschutzverfahren	1767
VI. Amtsausübung und Beschäftigungsanspruch	1771
VII. Bestandsschutz für Auszubildende	1774
1. Persönliche Gründe	1779
2. Betriebliche Gründe	1780
3. Verfahrensrecht	1788
4. Kosten anwaltschaftlicher Tätigkeit im Beschlussverfahren	1792
§ 7 Sonstige Fälle eines besonderen Kündigungsschutzes	1793
I. Inhaber von Bergmannsversorgungsscheinen	1794
II. Wehrdienst und Zivildienst	1797
III. Sonstige Einzelfälle	1809

Vierter Abschnitt: Der Kündigungsschutzprozess

§ 1 Die fristgebundene Kündigungsschutzklage	1810
I. Allgemeines	1810
II. Geltungsbereich des § 4 KSchG	1815
1. Bestehen eines Arbeitsverhältnisses	1815
2. Schriftliche Kündigung	1819
3. Ordentliche und außerordentliche Kündigung	1820
4. Befristeter Arbeitsvertrag	1824
5. Anfechtung des Arbeitsverhältnisses	1826
6. Berufsausbildungsverhältnis	1827
7. Sonstige Fälle	1830
III. Unwirksamkeitsgründe	1831
IV. Feststellungsklage	1835
1. Grundsätze	1835
2. Feststellungsinteresse	1839
V. Wirkungen der Kündigungsschutzklage	1844
1. Einfluss auf Verjährung	1844
2. Geltendmachung im Rahmen von Ausschlussfristen	1845
a) Anwendbarkeit	1845
b) Einstufige Ausschlussfristen	1849
c) Zweistufige Ausschlussfristen	1851
3. Geltendmachung des Urlaubsabgeltungsanspruchs	1858
VI. Auswirkungen der Rücknahme der Kündigung auf die Kündigungsschutzklage	1860
VII. Kündigungsschutzklage und Annahmeverzug	1868
VIII. Klageerhebung vor dem Arbeitsgericht	1880
1. Die Klagschrift	1880
2. Die Parteien des Kündigungsschutzprozesses	1886
a) Arbeitgeber	1886
b) Arbeitnehmer	1900
3. Zuständiges Gericht	1902
IX. Die Klagefrist nach § 4 KSchG	1908
1. Allgemeines zur Fristwahrung	1908

	Rn.
2. Einzelfragen zur Fristwahrung	1912
3. Die Rechtsnatur der Klagfrist	1919
4. Fristbeginn nach § 4 Satz 4 KSchG	1923
a) Rechtslage bis zum 31. 12. 2003	1923
b) Rechtslage seit dem 1. 1. 2004	1925
5. Verlängerte Anrufungsfrist nach § 6 Satz 1 KSchG	1929
a) Unmittelbarer Anwendungsbereich	1929
b) Entsprechende Anwendung	1936
c) Hinweispflicht	1941
6. Die Wirkung der Fristversäumung	1944
X. Zulassung verspäteter Klagen	1948
1. Allgemeine Grundsätze	1948
2. Voraussetzungen der nachträglichen Zulassung	1952
a) Allgemein	1952
b) Einzelfälle	1953
c) Sonderfall: Schwangerschaft	1985
3. Verfahren	1988
a) Zuständiges Gericht	1988
b) Antragsinhalt	1989
c) Antragsfrist	1993
d) Erstinstanzliche Entscheidung	1997
e) Rechtsmittel	2006
4. Bindungswirkung des Zwischenurteils über die nachträgliche Zulassung	2010
XI. Streitgegenstand; Präklusion	2014
1. Punktuelle Streitgegenstandstheorie	2014
2. Feststellungsklage nach § 4 KSchG und § 256 ZPO (Kombination)	2022
a) Auslegung des Klageantrages nach § 256 Abs. 1 ZPO	2027
b) Das Feststellungsinteresse für die Klage nach § 256 Abs. 1 ZPO	2032
c) Allgemeine Feststellungsklage und Klagfrist	2040
3. Das Präklusionsprinzip	2041
XII. Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers. Auflösung des alten Arbeitsverhältnisses	2048
1. Allgemeines	2048
2. Voraussetzungen des Wahlrechts	2049
a) Gerichtliches Urteil	2049
b) Neues Arbeitsverhältnis	2050
3. Die Nichtfortsetzungserklärung	2052
4. Fortsetzung des bisherigen Arbeitsverhältnisses	2053
5. Vergütungsfragen	2056
§ 2 Verhältnis des Kündigungsschutzgesetzes zu sonstigen Kündigungen	2058
I. Die außerordentliche Kündigung	2060
1. Geltungsbereich des § 13 Abs. 1 KSchG	2063
2. Streitgegenstand; Präklusion	2067
3. Probleme der Umdeutung der außerordentlichen Kündigung im Kündigungsschutzprozess	2069
II. Die sittenwidrige Kündigung	2077
III. Die aus anderen Gründen unwirksame Kündigung (§ 13 Abs. 3 KSchG)	2081
1. Rechtslage bis zum 31. 12. 2003	2081
2. Rechtslage seit dem 1. 1. 2004	2082
a) Regelungsgehalt des § 13 Abs. 3 KSchG	2082
b) Feststellungsklage nach § 256 Abs. 1 ZPO	2084

	Rn.
§ 3 Auflösung des Arbeitsverhältnisses und Abfindung	2087
I. Voraussetzungen für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses	2095
1. Sozialwidrigkeit der Kündigung	2095
2. Der Auflösungsantrag des Arbeitnehmers	2106
3. Der Auflösungsantrag des Arbeitgebers	2113
4. Beiderseitiger Auflösungsantrag	2128
II. Das Auflösungsurteil	2130
1. Die Kostenentscheidung	2134
2. Vorläufige Vollstreckbarkeit	2137
3. Rechtsmittel	2139
III. Die Abfindung	2144
1. Rechtsnatur und zivilrechtliche Behandlung	2144
2. Die Höhe der Abfindung	2153
3. Steuerrechtliche Fragen	2158
4. Sozialversicherungsrechtliche Fragen	2161
5. Anrechnung der Abfindung auf das Arbeitslosengeld	2163
a) Überblick	2163
b) Rechtslage seit dem 1. 4. 1999	2165
§ 4 Die Klage gegen eine Änderungskündigung (§§ 2, 8 KSchG)	2175
I. Die Beteiligung des Betriebsrats	2179
1. Die Anhörung des Betriebsrats nach § 102 Abs. 1 BetrVG	2180
2. Die Mitbestimmung des Betriebsrats nach § 99 Abs. 1 BetrVG ..	2183
II. Die Änderungskündigung als Beendigungskündigung	2184
III. Die vorbehaltlose Annahme des Angebots	2185
IV. Die Annahme des Änderungsangebots unter Vorbehalt	2187
V. Das Verfahren nach der Annahme des Angebots unter Vorbehalt	2194
VI. Die außerordentliche Änderungskündigung	2201
§ 5 Streitwert der Kündigungsschutzklage	2202
I. Überblick	2202
II. Einzelne Kündigung	2204
III. Mehrere Kündigungen	2207
IV. Kündigung und Weiterbeschäftigung	2210
V. Kündigung und Arbeitsentgelt	2213
VI. Änderungskündigung	2214
VII. Kündigung und Auflösungsantrag	2215
§ 6 Der Weiterbeschäftigungsanspruch des Arbeitnehmers während des Kündi- gungsschutzprozesses	2216
I. Der Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 Satz 1 BetrVG	2220
1. Voraussetzungen für den Weiterbeschäftigungsanspruch	2223
a) Widerspruch des Betriebsrats	2223
b) Erhebung der Kündigungsschutzklage	2231
c) Die ordentliche Kündigung	2233
d) Die Änderungskündigung	2234
e) Das Verlangen des Arbeitnehmers	2235
2. Inhalt des Anspruchs; Beendigung	2236
a) Allgemeines	2236
b) Die Durchsetzung des Weiterbeschäftigungsanspruchs	2237
c) Vollstreckung des Weiterbeschäftigungsanspruchs	2241
d) Beendigung der Weiterbeschäftigungspflicht	2242
3. Die Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht	2246
a) Die Erfolgsaussicht der Kündigungsschutzklage	2248
b) Die unzumutbare wirtschaftliche Belastung des Arbeitgebers ..	2249
c) Offensichtliche Unbegründetheit des Widerspruchs	2250
d) Rechtsfolge der Entbindung	2252
e) Wiederholung des Antrages	2253

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
II. Der Weiterbeschäftigungsanspruch außerhalb des Geltungsbereichs des § 102 Abs. 5 BetrVG	2254	
1. Der Weiterbeschäftigungsanspruch nach dem Beschluss des Großen Senats	2258	
a) Der Zeitraum vor einem Urteil im Kündigungsschutzprozess	2259	
aa) Offensichtliche Unwirksamkeit der Kündigung	2260	
bb) Besonderes Beschäftigungsinteresse des Arbeitnehmers	2262	
b) Der Zeitraum nach einem Urteil im Kündigungsschutzprozess	2263	
c) Die Wiederholungskündigung	2264	
d) Die Änderungskündigung	2267	
2. Prozessuale Fragen	2269	
3. Rechtsnatur und Rückabwicklung des Weiterbeschäftigungsverhältnisses	2273	
a) Weiterbeschäftigung auf Grund einer Parteivereinbarung	2274	
b) Weiterbeschäftigung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung	2276	
4. Inhalt des Weiterbeschäftigungsanspruchs	2284	
5. Einstweiliger Rechtsschutz	2285	
Fünfter Abschnitt: Kündigungsschutz in der Insolvenz		
§ 1 Kündigung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	2288	
I. Bedeutung des Insolvenzrechts	2288	
II. Der Regelungsbereich des § 113 InsO	2293	
1. Gesetzliches Kündigungsrecht	2293	
2. Kündigungsfrist	2297	
3. Kündigungsform	2301	
4. Allgemeiner und besonderer Kündigungsschutz	2302	
5. Schadensersatz	2304	
III. Die Klagefrist im Insolvenzverfahren	2306	
§ 2 Interessenausgleich und Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	2307	
I. Interessenausgleich und Kündigungsschutz (§ 125 InsO)	2307	
1. Regelungsinhalt	2307	
2. Voraussetzungen	2310	
3. Rechtsfolgen	2316	
a) Vermutung dringender betrieblicher Erfordernisse (§ 125 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 InsO)	2316	
b) Eingeschränkter Prüfungsmaßstab bei Sozialauswahl (§ 125 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 InsO)	2319	
c) Änderung der Sachlage (§ 125 Abs. 1 Satz 2 InsO)	2322	
II. Das Beschlussverfahren nach § 126 InsO	2324	
1. Allgemeines	2324	
2. Antragsinhalt	2329	
3. Antragsfrist	2330	
4. Verfahrensgegenstand	2331	
5. Verfahrensgrundsätze	2333	
6. Rechtsmittel	2337	
7. Kosten	2338	
III. Bindungswirkung der Entscheidung, § 127 InsO	2339	
§ 3 Betriebsveräußerung in der Insolvenz	2343	
I. Der Betriebsübergang im Insolvenzverfahren	2343	
II. Die Regelung des § 128 Abs. 1 InsO	2345	
III. Erstreckung der Vermutungs- und Feststellungswirkung nach § 128 Abs. 2 InsO	2348	
Sachverzeichnis	901	